Einzelpreis 40 Pfg. • 4. Jahrgang **Mittwoch, 28. Dezember 1921** **Nummer 605 • Abend-Ausgabe**

Die „Freiheit" erſcheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zuſtellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Poſtbezug nehmen ſämtliche Poſtanſtalten Beſtellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutſchland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet ſowie die früheren deutſchen Gebiete Polens und Luxemburg M. 29.— Für das übrige Ausland M. 36.—

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die zehngeſpaltene Nonpareillezeile oder deren Raum koſtet 6,— M. einſchließlich Inſeratenſteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einſchließlich Inſeratenſteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Geſuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Geſuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernſprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutſchlands

Die Schickſalsfragen von Waſhington

U-Boot- und Schantung-Frage

London, 28. Dezember.

„Daily Chronicle" berichtet aus Waſhington, die ganze Arbeit der Konferenz ruhe in Erwartung der Antwort von Paris und Tokio über die U-Boot- bzw. Schantung-Frage. Dieſe beiden Länder hätten es in ihrer Macht, den großen Hardingſchen Plan der Rüſtungseinſchränkungen zum Scheitern zu bringen. Wenn Frankreich oder Japan es auf die Spitze treiben wollten, ſo würden dieſe Länder internationale Folgen zu gewärtigen haben.

Laut „Daily Chronicle" wird in Waſhington überall erwartet, daß, wenn Frankreich die letzten Vorſchläge des Staatsſekretärs Hughes ablehne, der Erfolg der Waſhingtoner Konferenz verſtümmelt ſei. Jeder frage ſich, welches Handelsgeſchäft Frankreich im Sinne habe. Allgemein herrſche die Anſicht, daß Frankreich eine Entſchädigung für die Zurückziehung ſeiner U-Boots-Forderung haben wolle.

Erklärung der Reparationskommiſſion

Donnerstag Empfang der deutſchen Vertreter

Paris, 28. Dezember.

Die Reparationskommiſſion veröffentlicht folgende Erklärung: Da die deutſche Regierung die Reparationskommiſſion erſucht hat, ihre Vertreter zu empfangen, damit gewiſſe Aufklärungen gegeben werden können, die ſie zur Beantwortung des Briefes der Reparationskommiſſion vom 16. Dezember nötig habe, hat die Reparationskommiſſion beſchloſſen, dieſe Vertreter am Donnerstag, den 29. Dezember, um 3 Uhr nachmittags, zu empfangen.

Die angeblichen Verfehlungen Deutſchlands

Paris, 28. Dezember (W.T.B.).

Die Blätter teilen — offenbar beeinflußt — mit, daß die Reparationskommiſſion ſich heute mit einer angeblichen Verfehlung Deutſchlands in der Lieferung von Koks zu beſchäftigen habe. Die regelmäßige Lieferung von 15 000 Tonnen pro Tag ſei ſeit dem 15. Dezember auf 9—10 000 Tonnen zurückgegangen. Die Mitteilung ſpricht von einer dritten Verfehlung Deutſchlands, die hierdurch feſtgeſtellt werde. Die erſte Verfehlung datiere vom Juni 1920 vor der Konferenz von Spaa, die zweite gehe auf den Monat März 1921 zurück, als die deutſche Regierung die erſte Milliarde Goldmark, die auf Grund des Verſailler Vertrages als Abſchlagszahlung der Summe von 12 Milliarden verlangt wurde, nicht bezahlt habe.

Das „Echo de Paris" fügt der Nachricht hinzu: Es iſt angebracht, am Vorabend der Konferenz von Cannes den ſchlechten Willen Deutſchlands noch einmal feierlich feſtzuſtellen.

Die Lage in Aegypten

Granaten und Maſchinengewehre für die Eingeborenen

London, 28. Dezember.

Reuter berichtet über die Lage in Aegypten: In Suez iſt bekanntgegeben worden, daß Flugzeuge auf Anſammlungen Rauchbomben werfen würden. Wenn die Leute ſich dann nicht zerſtreuten, würden die Flugzeuge Granaten abwerfen und **mit Maſchinengewehren feuern.** Der Poſtdienſt iſt wegen der gegenwärtigen Lage auf Kairo beſchränkt worden. Die „Egyptan Gazette" und das Blatt „Iſtaklel" ſind verboten worden. Der Unterrichtsminiſter hat alle Regierungsſchulen geſchloſſen.

Beitragsvorſchuß auf eine künftige Arbeitsloſenverſicherung

Von S. Aufhäuſer

II.*)

Nach dem Entwurf über ein Notgeſetz zur Erhebung von Beiträgen zu einer künftigen Arbeitsloſenverſicherung wären alle der Krankenverſicherungspflicht unterſtehenden Arbeiter und Angeſtellten, ausgenommen die landwirtſchaftlichen und die im häuslichen Dienſt tätigen Angeſtellten und Arbeiter, beitragspflichtig. Zu derſelben Zeit, da die Regierung es immer noch unterläßt, die beſitzenden Kreiſe durch geſetzliche Maßnahmen auch nur zur Entrichtung ihrer ſeit ein und zwei Jahren fälligen Steuern zu zwingen, wagt man es, der arbeitenden Bevölkerung Vorſchußbeiträge auf eine kommende Arbeitsloſenverſicherung abzuverlangen, über deren Ausgeſtaltung heute niemand Angaben machen kann. Es iſt die übelſte Methode einer Geſetzgebung — von Sozialpolitik kann dabei überhaupt nicht die Rede ſein —, Beitragslaſten zu einer Einrichtung feſtzulegen, deren Beſchaffenheit dem Beitragszahler völlig unbekannt iſt. Dieſe vorläufige Beitragszahlung iſt aber zugleich die prinzipielle Feſtlegung auf ein Verſicherungsſyſtem, deſſen Einführung ein mehr als zweifelhaftes Experiment bedeuten würde. Es hat ſich bereits auf anderen Gebieten der Sozialverſicherung, z. B. der Invalidenverſicherung, gezeigt, daß die Anſammlung von Kapitalien bei der anhaltenden Geldentwertung völlig verfehlt iſt, und es ſteht zu erwarten, daß bei der Reform der Reichsverſicherungsordnung dieſes überholte Verſicherungsprinzip durch das ſtaatliche Fürſorgeprinzip ganz oder teilweiſe erſetzt werden wird.

Auf keinen Fall iſt es angängig, inmitten dieſer im Fluß befindlichen Reformbewegung der geſamten Sozialverſicherung nun auch noch einen weiteren Zweig der Verſicherung nach dem alten, unhaltbar gewordenen Syſtem neu einzuführen. Abgeſehen von den verſicherungstechniſchen Bedenken iſt vom ſozialen Standpunkt aus Einſpruch zu erheben, daß durch ein Notgeſetz in die geſamte Erwerbsloſenfürſorge, die bisher aus Reichsmitteln beſtritten worden war, eine grundſätzlich neuartige Laſtenverteilung eingeſchmuggelt werden ſoll. Denn wenn zunächſt auch jeder Arbeiter und Angeſtellte wöchentlich nur eine Mark entrichten ſoll, ſo weiß doch jeder Kenner der Materie, daß dieſer Betrag in kürzeſter Zeit um ein Vielfaches erhöht werden wird, um den Ausgleich herzuſtellen. Die Arbeitnehmer ſollen nur erſt einmal grundſätzlich die formale Dritteilung der Laſten unter Reich, Arbeitgeber und Arbeitnehmer anerkennen; die nötige Beitragserhöhung kommt dann ganz von ſelbſt.

Der Arbeitsminiſter hat bei ſeinem Einſeifungsverſuch auch keine Hemmungen gezeigt, gegen die Reichsverfaſſung zu handeln. Der Art. 163 der Verfaſſung beſagt ausdrücklich:

> „Jedem Deutſchen ſoll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtſchaftliche Arbeit ſeinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemeſſene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewieſen werden kann, wird für ſeinen notwendigen Unterhalt geſorgt. Das Nähere wird durch beſondere Reichsgeſetze beſtimmt."

Dieſer Verfaſſungsbeſtimmung entſprach, wenn auch in unzulänglicher Weiſe, die bisherige Reichserwerbsloſenfürſorge. Wenn ſich das Reich dieſer Pflicht in Zukunft entledigen will oder ſie auch nur teilweiſe abwälzen will, dann hätte eine Aenderung der Verfaſſung vorauszugehen. Die Rückwärtsrevidierung der Verfaſſung durch kleine, äußerlich unſcheinbare Notgeſetze iſt ein Täuſchungsmanöver. Die Arbeitsloſen ſind das Opfer der kapitaliſtiſchen Gewinnwirtſchaft, ihr Anſpruch an die Geſellſchaft auf Unterhaltspflicht kann nicht preisgegeben werden. Und es iſt nicht wahr, wenn bei den Beratungen immer wieder davon geſprochen wird, daß die Arbeiterſchaft dem Grundgedanken einer Arbeitsloſenverſicherung zuſtimme.

Aber ſelbſt die Anhänger einer Arbeitsloſenverſicherung dürften ſich nicht dazu hergeben, einer vorläufigen Beitragszahlung zuzuſtimmen, bevor das Geſetz über die Verſicherung ſelbſt bekannt iſt. Sollen Arbeiter und Angeſtellte Beitragslaſten übernehmen, ohne daß die heutigen Leiſtungen der Erwerbsloſenunterſtützung verbeſſert werden? Iſt man bereit, den im Notgeſetz enthaltenen Verzicht auf jede Selbſtverwaltung zu ſchlucken? Sobald eine geſetzliche Arbeitsloſenverſicherung kommt, bleibt auch die bureaukratiſche Reglementierung nicht aus. Die Beiträge ſollen aber bezahlt werden ohne Rückſicht darauf, welche Fallſtricke in dem kommenden Geſetz für den Unterſtützungsempfänger gezogen werden. Die Regelung der Bezugsdauer, die vierwöchentliche Nachprüfung der „Arbeitswilligkeit", die Behandlung ausgeſperrter Arbeiter, die Unterſtützung der Kurzarbeiter, die Organiſationen der Meldeweſens und viele weitere Einzelfragen ſind ſämtlich noch offen. Werden ſie nach dem Willen der Unternehmervorſchläge gelöſt, ſo wird das kommende Arbeitsloſenverſicherungsgeſetz eine weitere Knebelungsvorrichtung. Die Geſtaltung des Arbeitsnachweisgeſetzes zeigt wahrlich ſchon deutlich genug, in welcher Rich-

Der Zerſtörer der Putſchtaktik

Hugo Eberlein ergreift das Wort

Stolz wie ein Spanier erklärt er in einem Leitartikel der „Roten Fahne", er habe bisher zu den Enthüllungen über die mitteldeutſche Aktion geſchwiegen. Solche Dinge ſind für Herrn Eberlein Belangloſigkeiten. Da man aber nun ſein Schweigen als Schuldbekenntnis auslegen möchte, ſehe er ſich genötigt, ſich zum Inhalt der veröffentlichten Protokolle zu äußern.

Das tut er indes zunächſt nicht. Er ſchreibt zunächſt ein langes und breites über die Bedeutung und das Weſen der illegalen Organiſationen, der ſogenannten M.P., in den verſchiedenen proletariſchen Parteien. Das ganze Geſchreibe des Eberlein hätte für uns keine Bedeutung, wenn er nicht auch auf die Rolle eingehen würde, die die M.P. in unſerer Partei geſpielt haben ſoll. Die Darſtellung des Herrn Eberlein iſt in der von ihm beliebten Form ein Märchen.

Die Einrichtung der illegalen militäriſchen Organiſation, behauptet er, ſei in der U.S.P.D. offiziell anerkannt und mit Geldmitteln aus der Zentrale verſorgt geweſen. In der Kommuniſtiſchen Partei dagegen habe man die illegale Soldatenſpielerei von vornherein bekämpft und unterdrückt. Dann muß die M.P. auch in der Kommuniſtiſchen Partei vorhanden geweſen ſein, was Eberlein auch nicht beſtreitet. Daraus ergibt ſich aber, daß die illegale militäriſche Organiſation in der U.S.P.D. etwa in der gleichen Lage ſich befand, wie in der K.P.D., wenn die Darſtellung Eberleins richtig iſt. Das heißt, die M.P. konnte auch innerhalb der U.S.P.D. nicht mit einem Schlage beſeitigt werden, ſie wurde aber **gleichfalls nach und nach abgebaut, und die Partei hütete ſich ſehr davor, der M.P. maßgebenden Einfluß auf die Leitung der Partei einzuräumen.**

Der endgültige Bruch mit der illegalen Organiſation geſchah in jener Kriſe, die unſere Partei auf dem Parteitag in Halle und bei der Spaltung erlebte. Zu jenen Bedingungen, die unſere Partei ſchlucken ſollte, um der Ehre der Mitgliedſchaft in der Kommuniſtiſchen Internationale teilhaftig werden zu können, gehörte auch die Bedingung, daß die Partei neben ihren eigentlichen Organiſationen illegale Verbindungen unterhalte. Ja, Moskau forderte ſogar, daß dieſe illegale Organiſation **den letzten und entſcheidenden Einfluß auf die Taktik der Partei** haben müſſe. Dieſe Forderung gehörte zu denen, die von den Gegnern der Moskauer Bedingungen auf das heftigſte bekämpft wurden, weil ihre Durchführung die Partei auf die Bahn des Putſchismus gedrängt hätte. Durch einen radikalen Schnitt trennte ſich die U.S.P.D. von denjenigen ihrer Mitglieder, die ſolche Bedingungen annehmen wollten und eine ſolche Taktik für zweckmäßig hielten. **Die Kommuniſtiſche Partei aber nahm damals dieſe Anhänger des Putſchismus mit offenen Armen auf.**

Darum mußte ſich, fährt Eberlein in ſeinem Bericht fort, nach der Verſchmelzung der linken U.S.P.D. mit der K.P.D. dieſe von neuem mit der M.P. beſchäftigen. Däumig gehörte zu den eifrigſten Verfechtern der M.P. und wurde mit ihrer Leitung betraut. Das hebt Eberlein hervor, um Däumig die ganze Schuld an dem Unglück des Oſterputſches, dieſer letzten Aktion des durch die M.P. gezüchteten Putſchismus, zuzuſchieben. Er gibt aber zu, daß die Uebertragung der Leitung der illegalen Organiſation an Däumig **mit der Zuſtimmung von Levi** erfolgt iſt, der doch damals der anerkannte Führer der alten und eigentlichen Kommuniſtiſchen Partei geweſen iſt. Die Abneigung der Kommuniſten gegen die illegale Organiſation kann demnach doch nicht ſo ungewöhnlich groß geweſen ſein, wie Eberlein behauptet. Auf jeden Fall hat es damals kein Mitglied der K.P.D. gewagt, irgendwie gegen die illegalen Organiſationen aufzutreten.

Däumig ſei, erklärt Eberlein ſodann, aus der Leitung der M.P. ausgetreten, nachdem in „heftigen Auseinanderſetzungen in der Partei" die Gegner der M.P. über ihre Anhänger den Sieg davongetragen haben. Mit Däumigs Poſten wurde nun Eberlein betraut. Er ſchließt ſeinen erſten Artikel mit folgendem Satz:

> „Als ausgeſprochener Gegner der M.P., um die M.P. zu „reorganiſieren", das hieß praktiſch, ſie zu zerſtören. Dieſe Funktion habe ich wenige Tage vor Beginn der Märzaktion übernommen."

Hugo Eberlein hat alſo die Bomben legen, die Zündſchnüre anbringen laſſen und kalten Blutes das Leben ſeiner Parteigenoſſen geopfert — nur zu dem einen Zweck, die M.P. zu „zerſtören". Seine „Funktion", die M.P. in dem von ihm umſchriebenen Sinne zu „reorganiſieren", hat er anſcheinend nicht nur wenige Tage vor der Märzaktion übernommen, ſondern ſie mit der Märzaktion ſelbſt begonnen. Durch einen verpfuſchten Putſch, durch Bomben und Handgranaten wollte Eberlein alſo anſcheinend die Unzweckmäßigkeit der illegalen Soldatenſpielerei und des Putſchismus mit einem einzigen Schlage nachweiſen. Wir haben für eine ſolche Methode zwar immer noch kein Verſtändnis, aber wir ſind dafür um ſo geſpannter auf die Bekenntniſſe dieſer wahrhaft ſchönen Seele, die in weiteren Artikeln folgen werden.

Friesland, Braß und Malzahn gemaßregelt

Die Sorge um die Levitiſche Oppoſition zerſtört den Leuten von der Kommuniſtiſchen Zentrale ſelbſt die wohlverdiente Ruhe der Weihnachtstage. Nach einem Bericht der „Roten Fahne" hat die Zentrale der K.P.D. in ihrer Sitzung vom 27. Dezember Friesland ſeiner Funktion als Zentralmitglied und Braß und Malzahn ihrer Parteifunktionen bis zur Tagung des Zentralausſchuſſes enthoben. Damit ſind die drei zunächſt zu Parteimitgliedern zweiten Grades degradiert worden, zu Parteimitgliedern, die nicht befähigt ſind, Parteifunktionen zu bekleiden. Den drei Gemaßregelten wird vorgeworfen, daß ſie gemeinſam einen Aufruf an die Mitglieder der Partei erlaſſen haben, „der durch unbeſtimmte Verdächtigungen und Verleumdungen die Partei ſchädigt".

Daß die Zentrale es nicht mehr wagt, auf Vergehen gegen die Parteidiſziplin, wie ſie ſie verſteht, einfach mit dem Ausſchluß zu antworten, was früher in ähnlichen Fällen zweifellos ſofort geſchehen wäre, iſt ein Zeichen dafür, daß ſie ſich ſchwach fühlt. Sie ſcheint allmählich zu merken, daß nach allen „Reinigungen" an ihrer Partei bald nichts mehr zu reinigen ſein wird. Mehr und mehr bleibt übrig ein dürftiger und haltloſer Parteiſplitter, der nur noch die einzige Wirkung hat, als Hindernis der Zuſammenfaſſung aller politiſchen Kräfte des Proletariats fortzubeſtehen.

---

*) Siehe auch „Freiheit" Nr. 604.

tung ſich künftig die geſetzlich geregelte Arbeitsbeſchaffung bewegen wird.

Iſt es weiter ein Zufall, daß die Landwirtſchaft von der Beitragspflicht ausgenommen iſt und ebenſo das Hausperſonal? Als es ſich darum handelte, die reichen Mittel der produktiven Erwerbsloſenfürſorge locker zu machen, hat der Arbeitsminiſter die notleidende Landwirtſchaft recht gut bedacht, Beiträge dagegen können die Herren Agrarier nicht bezahlen. Bei den Hausangeſtellten meinte einer der Regierungsvertreter etwas naiv, „daß die Haushaltungen der Feſtbeſoldeten eine weitere Belaſtung nicht mehr ertragen könnten. Alſo um der wenigen Feſtbeſoldeten willen, die ſich heute noch eine Hausangeſtellte leiſten können, befreit der Arbeitsminiſter auch alle übrigen kapitaliſtiſchen Haushaltungsvorſtände von ſozialen Laſten — einfach rührend.

Mit der Einziehung der Beiträge will das Reichsarbeitsminiſterium die Ortskrankenkaſſen betrauen. Erfreulicherweiſe hat jedoch der Hauptverband deutſchen Ortskrankenkaſſen recht deutlich abgewinkt und dem Reichsarbeitsminiſter gegenüber ſeine ſchweren Bedenken gegen das Notgeſetz mitgeteilt. Die Einwendungen des Ortskrankenkaſſenverbandes und der entſchiedene Proteſt des AfA-Bundes (ſiehe Freiheit Nr. 602) werden indes nur Erfolg haben, wenn die organiſierte Arbeiterſchaft in ihrer Geſamtheit in eine energiſche Abwehrbewegung gegen den Plan des Reichsarbeitsminiſteriums eintritt. Es iſt dabei keine Zeit zu verlieren. Wenn die Notgeſetzmacher nicht geſtört werden, ſo hoffen ſie bereits mit Wirkung vom 1. Februar 1922 die erſten Beiträge für die ſpätere ſagenhafte Arbeitsloſenverſicherung einkaſſieren zu können. Die Arbeiterſchaft hat jetzt die Wahl: Entweder kämpfen und Rechte ſichern oder: Zahlen und Mund halten.

Die Aktion der Landwirtſchaft

Die ſogenannte „Hilfsaktion" der deutſchen Landwirtſchaft macht von neuem von ſich reden. Der Reichsausſchuß der deutſchen Landwirtſchaft hat an den Reichsverband der deutſchen Induſtrie ein Schreiben gerichtet, worin er die Mitwirkung und Unterſtützung der Induſtrie bei der Aktion der Landwirtſchaft fordert. Dieſes Hilfswerk der Landwirtſchaft ſoll, wie wir ſchon berichtet haben, beſtehen in einer Vermehrung der landwirtſchaftlichen Produktion. Dieſe Pläne ſeien nur durchführbar, heißt es in dem Schreiben, „wenn die Induſtrie durch eine großzügige **Vermehrung der Produktionsmittel der Landwirtſchaft**, insbeſondere an Dünger, Kohlen, landwirtſchaftlichen Maſchinen, Textilwaren und einer großen Zahl anderer induſtrieller Erzeugniſſe ihre Anſtrengungen mit uns vereint und dadurch gleichzeitig die Stärkung des inländiſchen Marktes herbeiführt."

Wir haben ſchon darauf hingewieſen daß eine Steigerung der landwirtſchaftlichen Produktion wohl zu begrüßen wäre. Aber wir haben zunächſt den Verdacht, daß dieſe mit großer Reklame angekündigte Aktion nur ein Trick iſt, damit die landwirtſchaftlichen Kreiſe einen neuen Vorwand haben, um bei den gegenwärtigen Steuerdebatten die Befreiung der Landwirtſchaft von den Steuerlaſten vertreten zu können. Wir werden demnächſt ausführlicher auf die ganze Angelegenheit eingehen.

Der Straferlaß für die Märzopfer

Wie der „Vorwärts" mitteilt, beträgt die Zahl der auf Wunſch des Reichspräſidenten vom Reichsjuſtizminiſter zu Weihnachten begnadigten Märzopfer 208. Es iſt dabei zu bemerken, daß es ſich hierbei vorläufig nur um eine Strafunterbrechung handelt, mit der Ausſicht auf bedingten Straferlaß nach Prüfung der einzelnen Urteile. Haftentlaſſen wurden auf telegraphiſche Anweiſung des Reichsjuſtizminiſters ſolche Gefangene, die zu einer Gefängnisſtrafe unter einem Jahre verurteilt waren. Rechnet man zu dieſen Entlaſſungen die bereits vorher auf Grund ordnungsgemäßer Gnadengeſuche erfolgten Freilaſſungen, dann überſteigt die Zahl der Begnadigten insgeſamt 300.

Wir erheben auch heute wieder die Forderung auf Straferlaß für alle aus idealen Motiven begangenen politiſchen Vergehen. Die Wiedergutmachung der fürchterlichen Ausnahmejuſtiz gegen die Opfer des Märzputſches darf mit dieſem erſten Schritt nicht beendet ſein. Insbeſondere darf nicht halt gemacht werden bei hohen Strafmaßen. Nicht immer iſt das hohe Strafmaß der Schwere des Vergehens entſprechend gefällt worden. In vielen Fällen war einfach entſcheidend, vor welchem Ausnahmegericht der Angeklagte ſtand und in welche beſondere Umſtände der Täter verwickelt war. Dann aber erlaubte es die geradezu automatiſch arbeitende Verurteilungsmaſchine der Ausnahmegerichte gar nicht, die einzelnen Fälle gründlich zu behandeln. Den Angeklagten wurden vielfach die Beweismöglichkeiten abgeſchnitten, und die Urteile ſtanden oft feſt, ehe die Verhandlung begonnen hatte. Es iſt alſo nur eine ernſte Pflicht der deutſchen Juſtiz, wenn dieſe ſchweren Verfehlungen, die das Mißtrauen zur Rechtſprechung ungeheuer vertieft haben, ſchnellſtens wieder gutgemacht werden.

Das Unglück von Mont Cenis

Verſtoß gegen die Bergpolizeiordnung durch die Werksleitung

Das ſchwere Unglück auf der Grube Mont Cenis, das vor einem halben Jahre zahlreiche Bergarbeiter dahingerafft hat, dürfte die Oeffentlichkeit von neuem ernſthaft beſchäftigen. Bei der Unterſuchung nach den Urſachen iſt bisher nicht viel herausgekommen. Die Zechendirektion beſchuldigte die Arbeiter, ſie hätten die bergpolizeilichen Vorſchriften nicht beachtet. Der Betriebsratsvorſitzende, der Unioniſt Tuczynſki, hatte bisher gegenüber dieſen Beſchuldigungen ſeiner toten Kameraden geſchwiegen. Plötzlich erklärte er in einer Verſammlung der Zeche Mont Cenis in Sodingen, er ſei **über die Urſachen des großen Unglücks ſehr wohl im Bilde**. Bisher hätte er geſchwiegen und auch dem parlamentariſchen Unterſuchungsausſchuß gegenüber Angaben gemacht, die nicht richtig ſeien, aber er hätte niemand belaſten wollen. Die Mörder ſeien noch auf Mont Cenis beſchäftigt. Jetzt würde er nicht mehr ſchweigen, ſondern die volle Wahrheit ſagen, weil die Zechenverwaltung Strafantrag gegen die „Rote Fahne" ſtellte.

Der Bergarbeiter-Verband iſt den Dingen nachgegangen. Die Werksleitung hatte erklärt, daß die Exploſion durch einen verbotswidrigen Sprengſchuß eingetreten ſei. Sie ſei deshalb ſchuldlos. Bei der neuen Unterſuchung durch den Bergarbeiter-Verband ſtellte ſich jedoch heraus, daß dieſer verbotswidrige Schuß durch den Schießhauer Pauli abgegeben worden iſt. Dieſer Pauli war ein Slowene, **der kein Wort deutſch leſen konnte**. Die Bergpolizei-Ordnung ſchreibt jedoch vor, daß Schießhauer der deutſchen Schriftſprache kundig ſein müſſen. Die „Bergarbeiter-Zeitung" ſtellt feſt, daß die Beſchäftigung Paulis nicht nur eine **Begünſtigung der Exploſionsurſache durch die Werksleitung**, ſondern auch ein **direkter Verſtoß gegen die Bergpolizei-Ordnung** geweſen iſt. Sie wirft die Schuldfrage auf: **Trägt der tote Pauli die Verantwortung für den verbotswidrigen Schuß oder diejenigen, welche Pauli verbotswidrig zum Schießhauer gemacht haben?**

Mit Bewunderung erfüllt uns zunächſt jener „revolutionäre" Unioniſt, der als Betriebsratsvorſitzender während der Unterſuchung über die wahren Urſachen des Unglücks geſchwiegen hat, obwohl er ſie genau kannte. Er nahm ruhig alle Beſchuldigungen gegen ſeine gemordeten Kameraden hin und ſchonte die kapitaliſtiſchen Intereſſen und ihre Sachwalter, von denen er wußte, daß ſie den Mord verſchuldet haben. So haben wir uns immer einen „Revolutionär" vorgeſtellt.

Sodann erwarten wir, daß die Regierung der Kataſtrophe auf Mont Cenis von neuem ihre Aufmerkſamkeit zuwendet. Die ſanft entſchlafene Unterſuchung muß von neuem aufgenommen werden. Der Bergarbeiter-Verband hat ſeine Schuldigkeit bereits getan, die Regierung hat die ihrige noch zu tun.

Die oberſchleſiſchen Verhandlungen

OE. Warſchau, 27. Dezember.

Aus den Kreiſen der polniſchen Oberſchleſien-Kommiſſion wird ein vermutlich vom Kommiſſionsvorſitzenden Olſzowſki ſtammender Rückblick auf die bisherigen Ergebniſſe der Oberſchleſien-Verhandlungen der Preſſe zugänglich gemacht. In der Kohlenfrage herrſche volle Einigkeit; deutſcherſeits würden keine Garantien für ein beſtimmtes Kontingent für Kohlen gefordert. Auch in der Valutafrage iſt ein deutſches Entgegenkommen zu verzeichnen, da das Geſetz über die Kapitalsflucht für nach Polniſch-Oberſchleſien ausgeführtes deutſches Geld gemildert werden ſoll. Ueber das Verbleiben der Filialen der deutſchen Reichsbank und der D-Banken dürfte Anfang Januar entſchieden werden. Keine Einigung konnte noch über die Eiſenerzmenge erzielt werden, welche aus Deutſchland zu liefern ſei. Aus dem Elektrizitätswerk Oltarzewo ſoll eine Aktiengeſellſchaft mit polniſcher Beteiligung geſchaffen werden. Ueber die vorläufig unentſchiedenen Eiſenbahnfragen ſollen die Verhandlungen morgen wieder aufgenommen werden; auch in der Kommiſſion für Minderheitenſchutz ſtocken gegenwärtig die Verhandlungen. Die Frage der künftigen gemiſchten Kommiſſion ſtand noch nicht zur Verhandlung.

Kleine Nachrichten

Ruth Fiſcher aus der Haft entlaſſen. Wie die „Rote Fahne" mitteilt, iſt die Kommuniſtin Ruth Fiſcher gegen Kaution aus der Haft entlaſſen worden unter der Bedingung, ſich in einer beſtimmten Wohnung aufzuhalten. Die Verhaftung erfolgte wegen Nichtbefolgung eines Ausweiſungsbefehls.

Eiſenbahner-Teilſtreiks im Bezirk Elberfeld. Auf Stationen des Eiſenbahndirektionsbezirks Elberfeld ſind geſtern Teilausſtände von Eiſenbahnern ausgebrochen. In Vohwinkel und auch in der Güterabfertigung Elberfeld-Steinbeck iſt ein Teil der Arbeiter ausſtändig.

W.T.B. und Auslandsdienſt. Der vom Auswärtigen Ausſchuß des Reichstages eingeſetzte Unterausſchuß zur Unterſuchung der Verträge der Continental-Telegraphen-Compagnie (W.T.B.) mit ausländiſchen Depeſchenagenturen hat dem Ausſchuß Bericht erſtattet. Er teilt mit, daß er zu Ausſtellungen keinen Anlaß gefunden hat.

Neue Waffenfunde in den Rockſtrohwerken. Wie die „Dena" erfährt, ſind bei den Rockſtrohwerken in Dresden-Heidenau neuerdings Waffenfunde gemacht worden. Es handelt ſich nach den bisherigen Nachrichten um etwa 180 ſogenannter Rohlinge für Haubitzmantelrohre, d. h. um Schmiedſtücke ohne jegliche weitere Bearbeitung und um gegoſſene Schmiedſtücke (Rohrgüſſe ohne Züge). Die Funde ſollen vollkommen verroſtet ſein und an ihrem Fundorte ſchon ſeit dem Kriege gelegen haben. — Warum iſt das Material, wenn es wertlos iſt, nicht ſchon längſt abgeliefert worden?

Albanien geräumt. Das Londoner Auswärtige Amt teilt mit, daß die jugoſlawiſchen Truppen Albanien geräumt haben. — Der Rückzug der jugoſlawiſchen Truppen aus Albanien erfolgte auf Einſpruch der Botſchafterkonferenz.

Wiederherſtellung der diplomatiſchen Beziehungen zwiſchen Serbien und Bulgarien. Die Grazer „Tagespoſt" meldet aus Belgrad: Der bisherige bulgariſche Geſchäftsträger Todorow wurde zum Geſandten ernannt. Damit ſind die diplomatiſchen Beziehungen zwiſchen Serbien und Bulgarien wieder hergeſtellt.

Rückgang der amerikaniſchen Geſchäfte mit Europa. Wie dem „Newyork Herald" aus Waſhington gemeldet wird, ergibt die Statiſtik über die elf erſten Monate des Jahres 1921, daß die Geſchäfte mit Europa um 50 Prozent hinter denen des Jahres 1920 zurückgeblieben ſind.

Ein ungariſcher Ueberfall auf tſchechiſches Gebiet. „Narodni Liſty" melden, daß in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch von bewaffneten ungariſchen Banden auf die Station Kaluha bei Kaſchau ein Ueberfall verübt und die Betriebsbeamten erſchoſſen wurden.

Uebergangserſcheinungen

Von Adolf Allwohn

Die geſchichtliche Entwicklung geht ihren ehernen Gang. Der kühne Glaube oder auch — die kühne wiſſenſchaftliche Einſicht eines Marx und Engels, daß die Periode des Kapitalismus in die des Sozialismus übergehen muß, dieſe kühne Vorausſicht könnte in unſeren Tagen bei allen zu einer klaren Gewißheit und leuchtenden Beſtimmtheit kommen, wenn — ja, wenn man die Zeichen der Zeit beachten wollte. Leider ſind hier viele mit Blindheit geſchlagen. Oder ſie tragen Brillen, die von vielen Vorurteilen und vielen Privatintereſſen völlig verfärbt ſind.

Die Vorzeichen des kommenden Sozialismus mehren ſich für den, der ſehen will und zu denken verſteht. Gewiß herrſcht noch die Nacht, und ängſtlichen, peſſimiſtiſchen Gemütern ſcheint ſie immer ſchwärzer und kälter zu werden. Sie will und will nicht weichen, und ſo ſind viele in Gefahr, des langen Wartens müde zu werden und — ſich in der Finſternis einzurichten, ſo gut es eben geht. Leider ſind auch viele Arbeiter dieſer Gefahr verfallen, und doch gilt es um jeden Preis, wachend anzukämpfen gegen die Schlaftrunkenheit und gegen das Beharrungsvermögen der ſchönen Träumer. Nur, wenn wir immer mehr Menſchen wachrütteln und uns ſelbſt vom beginnenden Erwachen immer hellſichtiger machen laſſen, nur dann werden wir das Anbrechen des neuen Tages in Schönheit und Größe geſtalten können.

Wir wollen einen Teil des beginnenden Erwachens verfolgen und uns davon mit den Kräften neuer Hoffnung durchdringen laſſen. Wie ſchon geſagt, iſt dies Erwachen allerdings noch ſehr traumgehalten. Aber dem tiefer Blickenden zeigen ſich doch die keimkräftigen Anſatzpunkte eines großen Kommenden. Es handelt ſich eben um Uebergangserſcheinungen, die aber doch dem Sehenden ſichere Vorzeichen des kommenden Sozialismus ſind. —

Daß es auf wirtſchaftlichem Gebiete ſolche Uebergangserſcheinungen gibt, iſt dem Marxiſten ja nichts Neues, weiß er doch, daß die letzte Entwicklung des Kapitalismus, z. B. in der Konzentration des Kapitals und in dem Uebergang der Betriebe aus Privatunternehmungen in unperſönliche Geſellſchaftsunternehmungen, ungewollt dem Sozialismus vorarbeitet. Auch auf dem Gebiet der Politik laſſen ſich ſchwächliche Uebergangserſcheinungen in der ſozialen Geſetzgebung und in der immer mehr wachſenden Einſicht feſtſtellen, daß ſich gegen die Arbeiter, gegen die ſozialiſtiſch eingeſtellten Maſſen, nicht regieren läßt. Hinweiſen kann man außerdem noch auf den Willen zur Völkerverſöhnung und auf die Friedensbewegung, die zu einem Teil ſchon erkannt hat, daß Imperialismus und Militarismus ſich nur unter gleichzeitiger Bekämpfung des Kapitalismus wirkſam beſeitigen laſſen. Aber von dieſen mehr zutage liegenden Erſcheinungen ſoll hier nicht die Rede ſein, ſondern von Verſchiebungen und Vorwärtsentwicklungen auf den Gebieten der Kunſt, der Welt- und Lebensanſchauung und der Religion.

Daß die neue Kunſt im Expreſſionismus immer mehr ſozialiſtiſche Geſinnung zeigt, iſt ja ſchon von Adolf Behne („Freie Welt" Nr. 23) eingehend dargelegt worden. Zum Aufhorchen und Aufmerken müßte uns vor allem die völlig revolutionäre Einſtellung der neuen Kunſt, dieſer Kunſt unſerer Zeit, veranlaſſen. Die bürgerlichen Kritiker haben wirklich recht, wenn ſie vom „Bolſchewismus in der Kunſt" ſprechen, denn das Zerſtörende und Niederreißende, was ſie mit dieſem Schimpfwort belegen, iſt in der Tat unverkennbar. Die alten Formen und die alten Inhalte ſind in gleicher Weiſe zertrümmert. Bolſchewismus, d. h. hier Abbau und Chaos, kann aber nur eine Uebergangserſcheinung ſein, denn ohne Aufbau und Anknüpfung iſt für die Dauer kein Leben möglich. So erhebt ſich im Expreſſionismus aus der Zertrümmerung der Form, aus dem blinden Wüten der entfeſſelten Elemente die neue Formung, der Kosmos, d. h. die organiſche Ordnung in Harmonie mit dem Ganzen. Sowohl „Chaos" wie „Kosmos" haben ihren Ausgangspunkt in der ſozialiſtiſchen Geſinnung, denn dieſe bedeutet einmal revolutionären Kampf und Vernichtung der alten Welt, dann aber mit aller Entſchiedenheit Ordnung, allerdings nicht jene mechaniſche, auf Zwang und Willkür beruhende der abſterbenden Geſellſchaft, ſondern jene organiſche, die erſt die Schönheit des einzelnen in der lebendigen Beziehung zur ganzen Gemeinſchaft ermöglicht. — Auch die Gegenſtandsloſigkeit des Uebergangsexpreſſionismus und die neue „Gegenſtändlichkeit" der jüngſten Kunſtentwicklung ſtehen in innigſter Beziehung zur ſozialiſtiſchen Geſinnung. Sozialismus bedeutet doch einerſeits Aufhebung des Wertes und des Rechtes des Einzelmenſchen (des Einzelgegenſtandes in der Kunſt) und Betonung der Maſſe und der Gemeinſchaft, andererſeits aber Ermöglichung eines wahren Menſchentums aller, wobei natürlich der Unterſchied zwiſchen dieſem und der Perſönlichkeitskultur des Kapitalismus wohl zu beachten iſt. Die Individualität des kapitaliſtiſchen Zeitalters erſteht auf einem Raub an Anderen und auf einer Rückſichtsloſigkeit gegenüber der Geſamtheit (daher ſehen wir auf den Gemälden der alten Kunſt jene kalt und lieblos in die Landſchaft hineingeſetzten ſelbſtbewußten und ſcharf abgegrenzten Geſtalten), das Menſchentum des ſozialiſtiſchen Zeitalters dagegen iſt eine Freiheit aller und eine freudige Brüderlichkeit mit der ganzen Welt, ja, mit dem All (daher die in inniger Verbindung mit der Umgebung ſtehenden und aus ihrer Tiefe, d. h. der Tiefe des Weltganzen, herauswachſenden Geſtalten der neueſten Kunſt). Alle dieſe inneren Beziehungen laſſen uns im Expreſſionismus ein Unterpfand des Kommens des ſozialiſtiſchen Zeitalters erblicken, wenn wir auch konſtatieren müſſen, daß dies Unterpfand noch ſtark belaſtet iſt mit den Dekadenzſtimmungen einer untergehenden Welt. **Es handelt ſich eben um eine Uebergangserſcheinung.**

So wie hier aus der Mitte der bürgerlichen Kultur heraus dem Streben nach ſozialiſtiſcher Kultur ein Bundesgenoſſe erwachſen iſt, und zwar infolge des tieferen inneren Zwanges der Entwicklung, ſo iſt es in ähnlicher Weiſe auf dem Gebiet der bürgerlichen Welt- und Lebensanſchauung mit der vorwärtsdringenden Jugendbewegung der Fall. Allerdings herrſcht hier noch viel mehr altes, abſterbendes und in Träumerei Zurückgebliebenes als in der expreſſioniſtiſchen Kunſt. Dennoch ſind revolutionäre und ſozialiſtiſche Anſätze unverkennbar, was uns nicht weiter verwunderlich ſein wird, wenn wir bedenken, daß die Jugendbewegung gerade dem Kampf gegen die unterdrückende Bürgerlichkeit ihr Daſein verdankt, wie man denn auch ſchon öfters von dem „Klaſſenkampf der Jugend" geſprochen hat. Unverkennbar iſt vor allen Dingen das Abtun der bürgerlichen Formen in Lebenshaltung, Kleidung uſw. Aber auch das Hinauskommen über die bürgerliche, unwahre Ideologie (Erbauung romantiſcher Luftſchlöſſer) wird in der „Entſchiedenen Jugend" und in der neuorientierten Zeitſchrift „Freideutſche Jugend" immer mehr zur Tatſache. So können wir z. B. der programmatiſchen Kundgebung des politiſchen Dezernates der E. J. D. (Entſchiedene Jugend Deutſchlands) in der „Freideutſchen Jugend", 1921, Heft 4, folgende Ausführungen entnehmen: „Eine Befreiung der geſamten Jugend iſt in dieſem Staat, mit dieſer Wirtſchaft, dieſen Schulen, dieſen Kirchen, dieſer Preſſe, dieſer Moral unmöglich. . . . ſondern erſt in einer klaſſenloſen Geſellſchaft. Wir bekennen uns deshalb zum Kommunismus und ſehen in der kommuniſtiſchen Wirtſchaft die Grundform für das Zuſammenleben der Menſchen, die allein alle heute brachliegenden Kräfte löſen, alles verſchüttete Leben erwecken und die allein der Größe geiſtigen Seins in Wahrheit entſprechen wird. Denn, wie auch der quellende Strom des neuen Lebens ſich ſchließlich offenbaren wird, eine Welt des Geiſtes wird andere Werte erkennen als eine Welt der Macht." Entſprechend dieſer programmatiſchen Kundgebung, die wir hier nicht in vollem Umfang zitieren können, hat die E. J. D. auch wirklich ſchon öfters in und mit dem Proletariat gekämpft, beſonders hat ſie ſich im Ruhrgebiet an den Kämpfen, die ſich an den Kapp-Putſch anſchloſſen, mit all der Hingabe und der Aufopferungsfreudigkeit, wie ſie der Jugend eigen ſind, beteiligt, woraus zu erſehen iſt, daß die idealiſtiſche Formulierung des kommuniſtiſchen Zieles kein Hindernis für eine kraftvolle Tateinſtellung geweſen iſt. (Die E. J. D. iſt inzwiſchen offiziell zum Kommunismus übergetreten. Die Red.)

Auch auf dem Gebiete der Religion machen ſich Verſchiebungen und Umwälzungen bemerkbar. — Wenn hier von Religion die Rede iſt, ſo ſind damit nicht jene Ruinen der alten Religion gemeint, die ſich zwar bis in unſere Gegenwart mühſam erhalten haben, in denen aber wahre Religioſität faſt völlig ausgeſtorben iſt. Vielmehr handelt es ſich bei der religiöſen Welle, die mit dem Weltkrieg eingeſetzt hat und in unſerer Zeit immer ſtärker wird, um eine neue Wertſchätzung des Irrationalen, des mit der Vernunft nicht Faßbaren. Wir können dieſe Vorliebe für das rein Gefühlsmäßige, das Uebervernünftige und Unvernünftige, das Geheimnisvolle, aber auch das Schwärmeriſche, Ekſtatiſche und Myſtiſche auf den verſchiedenſten Gebieten konſtatieren, z. B. im Expreſſionismus, im neueſten Drama (Symboldrama), im Film, in der Verehrung der indiſchen Geiſterwelt (Rabindranath Tagore), in der Hinneigung zu Theoſophie, Okkultismus und Spiritismus, aber auch in der Sehnſucht zum Naturerleben, in den proletariſchen Feiern und in den Arbeiterdemonſtrationszügen. Ueberall handelt es

Die Entente und Rußland

Franzöſiſche und engliſche Dementis

Die auch von uns gebrachte Meldung der Londoner „Times", daß Briand und Lloyd George beſchloſſen hätten, die Vertreter der Sowjetregierung Tſchitſcherin und Litwinoff zu einer Wirtſchaftskonferenz nach London einzuladen, wird vom franzöſiſchen auswärtigen Amt als falſch erklärt. Niemals ſei eine derartige Entſcheidung getroffen worden.

Dieſes ſchnelle Dementi von franzöſiſcher Seite mag formell zutreffen oder nicht. Tatſache iſt, daß man in Frankreich die unter Clemenceau betriebene Politik des Stacheldrahtes gegen Rußland längſt aufgegeben hat und daß Bemühungen um Abſchluß eines Handelsvertrages im Gange ſind. Tatſache iſt auch, daß der Gedanke einer internationalen Konferenz, der anläßlich der letzten Londoner Beſprechungen zwiſchen Lloyd George und Briand greifbare Geſtalt gewonnen hat, Rußland in ſeine Kombinationen miteinbezieht, wie denn überhaupt das Problem des ruſſiſchen Wiederaufbaues und Rußlands Wiedereinbeziehung in die Weltwirtſchaft eine hervorragende Rolle in London ſpielte und aller Vorausſicht nach auch in Cannes ſpielen wird. Wir haben ſchon immer darauf hingewieſen, daß eine europäiſche Löſung ohne Rußland keine Löſung iſt. Das iſt inzwiſchen auch den Staatsmännern der Entente klar geworden. Und ſo kann man als ziemlich ſicher behaupten, daß in den Beziehungen zwiſchen den Weſtmächten und Sowjetrußland ein entſcheidender Wechſel bevorſteht.

Auch die engliſche Preſſe dementiert die „Times"-Nachricht von einer bevorſtehenden Zuſammenkunft Tſchitſcherins mit Briand und Lloyd George. Die „Times" ſchreibt indes:

Die Regierung ſei für die Einberufung einer europäiſchen Konferenz in den letzten Tagen des Februar, zu der auch die Vertreter Sowjetrußlands, Deutſchlands, Amerikas und Japans eingeladen werden könnten. Bis dahin würden Tſchitſcherin und Litwinoff in London geweſen ſein. Unter den Bedingungen für die Wiederherſtellung des internationalen Handels mit Rußland führt „Times" an:

Anerkennung des Privateigentums, der früheren Schulden, des Rechtes privater Unternehmungen, das Vorhandenſein von Geſetzen zur Erzwingung der Einhaltung von Kontrakten ſowie Bilanz- und Währungsbedingungen, die den Zeitläuften angemeſſene Sicherheiten bieten. Ein internationales Zuſammenarbeiten könne am wirkſamſten geſtaltet werden durch Bildung einer europäiſchen Finanzkorporation, an der ſich alle führenden europäiſchen Staaten, vielleicht auch Amerika und Japan, beteiligen. Eine ſolche Korporation könnte, wenn nötig, kurſierendes Geld ausgeben, die Bedingungen feſtlegen, unter denen ſie bereit iſt, die Induſtrie zu finanzieren und den Wiederaufbau der Eiſenbahnen Europas in die Hand zu nehmen.

Eine Reuter-Meldung aus **Waſhington** beſagt ebenfalls, daß die vor kurzem vorgenommenen bzw. die bevorſtehenden Aenderungen in der Politik der Sowjetregierung vielleicht die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwiſchen Rußland und den Vereinigten Staaten herbeiführen könnten. **Die vor kurzem von der amerikaniſchen Regierung ausgegebenen Berichte ſeien ſehr optimiſtiſch bezüglich der Politik, die von der Sowjetregierung eventuell befolgt werden würde.**

Alle dieſe Meldungen, die ſelbſtverſtändlich noch mit manchen Vorbehalten zu verſehen ſind, weiſen aber doch im Grunde auf den Umſchwung hin, der ſich in der Haltung der Großmächte gegenüber Sowjetrußland vollzieht und zum Teil bereits vollzogen hat.

Eine Rede Lenins

Ein Sonderberichterſtatter des „Obſerver" meldet aus Moskau vom 23. d. M.: Lenin hielt bei Eröffnung des neunten Sowjetkongreſſes eine von den 2000 Delegierten begeiſtert aufgenommene Rede, in der er die internationale und die innere Lage der Sowjetrepublik darlegte. Lenin ſprach nicht als Führer der kommuniſtiſchen Partei, ſondern als „Premierminiſter". Er **griff mit bitterem Sarkasmus die Kommuniſten wegen ihrer Anſicht an, daß es noch möglich ſei, das Wirtſchaftsproblem durch die Methode des Bürgerkrieges und kommuniſtiſcher Abgeſchloſſenheit zu löſen.** Er ſagte weiter, Rußland ſei arm, erſchöpft und ſchwach. Es werde jedoch nicht dulden, daß ſeine Friedfertigkeit zum Zwecke des Angriffs benutzt werde. Das ſollten ſich Finnland, Polen und Rumänien geſagt ſein laſſen. Großes Aufſehen erregte die Erklärung Lenins, **daß die Regierung vor den Sowjetkongreß trete mit dem endgültigen Erſuchen, die Befugniſſe der außerordentlichen Kommiſſion wirkſam zu beſchränken.** Der urſprüngliche Zweck der außerordentlichen Kommiſſion ſei unvereinbar mit der neuen Wirtſchaftspolitik und müſſe den neuen Zeiten und der neuen Politik angepaßt werden.

Laut „Daily Telegraph" ſind beſondere Maßnahmen getroffen worden, um zu verhüten, daß irgendwelche Informationen über den neunten Sowjetkongreß durchſickern. Jedes Mitglied des Kongreſſes muß einen beſonderen Ausweis beſitzen, und die Sekretäre und Stenographen werden einer ſtrengen Kontrolle unterzogen. Auf dem Kongreß werde auch die Anerkennung der ruſſiſchen Staatsſchulden erörtert werden. Die britiſche Delegation in Moskau verfolge jedoch die Lage ſehr genau und werde ausgiebig Bericht erſtatten.

Die Rote Armee

R. P. Auf der letzten Konferenz der Vertreter der Kadetten und höheren Militärſchulen in Moskau hat Trotzki einen Bericht über die Lage der Roten Armee erſtattet. In dieſem Bericht pries er, wie üblich, die Tapferkeit und Tüchtigkeit der Roten Armee. Er erwähnte u. a., daß der Kriegsrevolutionäre Rat der Republik die größte Aufmerkſamkeit auf den organiſatoriſchen Ausbau lenkt. Trotzki ſagte, daß vor der Demobilmachung die Rote Armee 5 300 000 Mann ſtark war. Jetzt iſt nach Trotzki die Rote Armee auf 1½ Millionen Mann herabgeſetzt. Somit wäre die Rote Armee Sowjetrußlands ihrer Zahl nach die größte Armee in der Welt.

Erläuterungen zum Entwurf des Agrarprogramms

Von Karl Marchionini.

III.

Mittel- und Kleinbetriebe.

Nach der Betriebszählung vom Jahre 1897 gab es im deutſchen Reiche 5 712 518 Betriebe unter 100 Hektar. Durch den Friedensvertrag hat ſich die Zahl der Betriebe um 10,18 Prozent vermindert. Es ſind ſomit, wenn man den Berechnungen die Zahl von 1897 zugrunde legt, 5 106 989 Betriebe verblieben. Als Klein- und Mittelbetriebe kann man die Betriebe von 2 bis 100 Hektar Bodenfläche bezeichnen. Natürlich iſt das kein allgemein gültiges Schema, ſondern nur ein ungefährer Maßſtab. Nach den Berechnungen von Agrarwirtſchaftlern kann eine Bodenfläche von 1000 Quadratmetern, wenn ſie intenſiv bewirtſchaftet wird, einen Menſchen ernähren. Eine Familie von 5 Köpfen würde alſo ſchon von dem Ertrag eines halben Hektars (zwei preußiſchen Morgen) leben können. Und Betriebe von einem Hektar könnten Ueberſchüſſe abwerfen. Auf dieſem hohen Stand ſtehen wohl nur wenige Kleinbetriebe, von den Großbetrieben ganz abgeſehen. Doch die ſozialiſierte Bedarfswirtſchaft muß die Produktion auf dieſe Höhe bringen. Heute gibt es noch viele Wirtſchaften über zwei Hektar, die nicht mehr produzieren, als ſie ſelbſt verbrauchen. Es gab nach der Betriebszählung von 1897:

unter 5 Ar	438 181	Betriebe
von 5 bis 20 „	824 049	„
„ 20 „ 50 „	821 830	„
„ 50 Ar bis unter 1 Hektar	646 955	„
„ 1 Hektar bis unter 2 Hektar	647 454	„
insgeſamt	3 378 509	Betriebe

Dieſe 3,3 Millionen Betriebe im jetzigen Deutſchland werden es drei Millionen ſein, waren 58,8 Prozent aller Betriebe. Bei dem heutigen Stand der Produktion kommen ſie als Ueberſchußbetriebe nicht in Frage. Man braucht ſie deshalb auch nicht zunächſt dem allgemeinen Wirtſchaftsplan zu unterſtellen. Wohl aber muß ihnen die Geſellſchaft Beiſtand leiſten, damit ſie ihre Betriebe leiſtungsfähiger geſtalten können und damit die ſoziale und wirtſchaftliche Lage der Familien dieſer Kleinſtbetriebe gehoben werden kann.

Die 3 378 509 Betriebe unter 2 Hektar hatten auch nur eine Bodenfläche von 1 731 311 Hektar. Es ſind vor allem die Betriebe von 2 bis 100 Hektar, die als Klein- und Mittelbetriebe dem Wirtſchaftsplan zu unterſtellen ſind. Nach der Betriebszählung von 1897 gab es 2 323 907 ſolcher Betriebe, und ſie hatten eine Bodenfläche von 23 048 543 Hektar. Im jetzigen Deutſchland werden dieſe bäuerlichen Betriebe einen Boden von 21 Millionen Hektar haben; die Inhaber dieſer Mittel- und Kleinbetriebe ſind im Beſitz des größten Teils des Grund und Bodens. Sie verfügen ſomit über eine gewaltige wirtſchaftliche Macht, und wer da glaubt, daß man einfach über ihre Köpfe hinweg die Sozialiſierung ihrer Betriebe dekretieren könnte, der irrt. Heute will der größte Teil dieſer Betriebsinhaber vom Sozialismus, insbeſondere von der Sozialiſierung ſeiner Betriebe nichts wiſſen. Die wirtſchaftlichen Verhältniſſe können ſich auch für die Betriebe verſchlechtern, denn die Grundlage dieſer Betriebe iſt die Papiergeldwirtſchaft, ein ſehr wankender Boden.

Die Sozialiſierung dieſer Betriebe kommt aber noch nicht in Frage. Es kann auf dem Lande nur etappenweiſe ſozialiſiert werden. Erſt kommen die Großbetriebe dran. Sind hier muſtergültige Wirtſchaften geſchaffen, iſt der Aufbau der Betriebe techniſch vollkommen, iſt die Produktion bei Schonung der menſchlichen und tieriſchen Arbeitskräfte bedeutend geſtiegen, dann haben die Inhaber der Mittelbetriebe den ſchönſten Anſchauungsunterricht über moderne und rationelle Wirtſchaftsweiſe, und ſie werden dann dem Sozialismus und der Sozialiſierung anders gegenüberſtehen als heute, zumal bei Verſchlechterung ihrer wirtſchaftlichen Verhältniſſe. Dann wird die Sozialiſierung der Mittelbetriebe erfolgen können unter Mitwirkung und Mitbeſtimmung der Betriebsinhaber. Dabei können ihre perſönlichen Intereſſen ſoweit gewahrt werden, wie das die allgemeinen Intereſſen zulaſſen.

Die Mittel- und Kleinbetriebe aber müſſen in einer ſozialiſtiſchen Bedarfswirtſchaft dem allgemeinen Wirtſchaftsplan unterſtellt werden. Man darf nicht etwa an die große Zwangsjacke denken, in die dieſe Betriebe hineingeſteckt werden ſollen, es ſoll auch nicht von einer hohen Behörde dekretiert werden, was die Produzenten zu tun haben.

Einmal muß nach dem allgemeinen Wirtſchaftsplan die geſamte Bodenfläche, ſoweit ſie kulturfähig iſt, bearbeitet werden. Dann ſind gewiſſe Richtlinien für die Produktion zu beachten, was ſchon die planmäßige Bewirtſchaftung erfordert. Und dann ſind die geſellſchaftlichen notwendigen Beſtimmungen über den Abſatz der Produktion einzuhalten. Doch darüber ſoll nicht über die Köpfe der Betriebsinhaber entſchieden werden, ſondern die Aufſtellung des Wirtſchaftsplanes, ſeine Durchführung kann nur geſchehen unter ihrer Mitbeſtimmung, wozu ſie ſich eine Organiſation auf der Grundlage des Räteſyſtems zu ſchaffen haben. Ihre Vertreter wirken in allen Wirtſchaftskörpern mit. Natürlich müſſen ſie auch wiederum den produktiv Tätigen, die in ihrem Betriebe als Lohnarbeiter beſchäftigt ſind, Mitbeſtimmungsrecht gewähren auf Grund der Beſtimmungen über die Betriebsräte. Iſt eine Räteorganiſation der Betriebsinhaber vorhanden, ſo wird man ſich über eine zweckmäßigere Bodeneinteilung und Bewirtſchaftung verſtändigen. Die Bewirtſchaftung der Forſten geſchieht am beſten auf größerer Grundlage. Das Recht der bäuerlichen Bevölkerung auf Entnahme von Nutzholz, Brennſtoffen, Streu- und Futtermitteln uſw. muß natürlich geſichert werden.

Unter fremdem Willen?

Lo Kittay vor Gericht

Mit der vom ärztlichen und vom juriſtiſchen Standpunkt hochwichtigen Frage, ob ein Hypnotiſeur, der einen Menſchen im hypnotiſierten, alſo willensunfähigen und im Sinne des § 51 nicht ſtraffähigen Zuſtand Straftaten begehen läßt, als Anſtifter oder als Selbſttäter zu beſtrafen iſt, wird ſich am 8. Februar l. J. die Strafkammer des Landgerichts III zu beſchäftigen haben. Angeklagt wegen gemeinſchaftlichen Diebſtahls und Betruges iſt der Vortragsredner und Hypnotiſeur Leopold Miecyslaw Kittay, geboren 1889 in Sambor bei Lemberg in Galizien, während ſich der Kaufmann Iſidor Kriſch, der Teppichhändler Alfred Joſeph, beide aus Wilmersdorf, und der Kaufmann Hermann Roth wegen Hehlerei zu verantworten haben.

Der Angeklagte machte ſeinerzeit unter den Namen Lo Kittay durch ſeine vielfach an das Gebiet des Ueberſinnlichen grenzenden Experimente auf dem Gebiete des Hypnotismus und der Telepathie viel von ſich reden. Wie die Anklage behauptet, ſoll er jedoch auch die in ihm ſteckenden geheimnisvollen Kräfte dazu mißbraucht haben, Frauen, auf die er einen beſonders ſtarken ſuggeſtiven Einfluß auszuüben verſtand, zu Straftaten anzuſtiften. Kittay war u. a. von dem am Kurfürſtendamm wohnhaften Kaufmann Balte gebeten worden, ſeine Frau, die an Morphinismus und Schlafloſigkeit litt, zu heilen. In Gegenwart des Mannes und anderer Zeugen verſetzte Kittay Frau Balte in einen tiefen hypnotiſchen Schlaf, in welchem ſie auf Geheiß des K. allerlei tat, was ſie nachher nicht wußte. Als nun B. verreiſte, bemerkte das Dienſtmädchen des B. am nächſten Morgen, daß ſich Kittay im Badezimmer aufhielt und ſein Jackett im Schlafzimmer der Frau B. auf der Chaiſelongue lag. Nach dem Frühſtück kam der Angeklagte Joſeph, den Kittay telephoniſch angerufen hatte, um Teppiche zu kaufen. Bald darauf erſchienen auch Kriſch und Roth. Der Verkauf der Teppiche für 20 000 Mark und 10 000 bzw. 1500 Mark Proviſion an Kittay und Joſeph kam in Gegenwart der Frau Balte zuſtande, welche bei dieſer Gelegenheit erklärte, daß ſie jetzt verreiſen müſſe und nach ihrer Rückkehr die geſamte Wohnungseinrichtung verkaufen wolle. An demſelben Tage reiſte Kittay mit Frau B. und deren Freundin, einer Frau von Kroſigk, nach Schierke, wo er beide Frauen in Gegenwart der Hotelgäſte mehrmals hypnotiſierte. Schließlich ſoll K. beide mit einigen hundert Mark im Palaſthotel in Berlin haben ſitzen laſſen, obwohl er den geſamten Erlös aus dem Teppichverkauf bei ſich hatte.

Frau Balte behauptete nun in dem Vorverfahren, daß ſie infolge der wiederholten hypnotiſchen Experimente, die Kittay mit ihr vorgenommen habe, völlig in ſeinen Bann geraten und ein willenloſes Werkzeug in ſeinen Händen geworden ſei. Sie wiſſe von dem Verkauf der Sachen nichts, kenne die Käufer nicht und habe auch die Erinnerung an die Vorgänge während der Reiſe völlig verloren, da alles unter hypnotiſchem Einfluß des Kittay geſchehen ſei.

Die Anklage und die Verteidigung nehmen allerdings dieſem angeblichen Trancezuſtand gegenüber eine etwas ſkeptiſche Haltung ein. Insbeſondere behauptet die Verteidigung, daß Frau B. ſchon mehrfach ohne jeden hypnotiſchen Einfluß ohne Wiſſen ihres Mannes heimlich Sachen verkauft und verſetzt und ſchon einmal die geſamte Wohnungseinrichtung zum Kaufe angeboten habe. Schließlich werden bezüglich der moraliſchen Qualität der Zeugin beſtimmte Beweiſe angetreten, ſo daß die Angabe des Kittay, er habe geglaubt, daß Frau B. zum Verkauf der Sachen berechtigt ſei, durchaus glaubhaft erſcheine.

Die Verhandlung ſelbſt wird ſich vorausſichtlich zu einem kleinen mediziniſchen Kongreß geſtalten, auf welchem Fragen aus dem Gebiete der Pſychologie, des Hypnotismus und der Suggeſtionswirkungen erörtert werden müſſen.

Eine unerhörte Maßnahme

Von Einwohnern des Hauſes Griebenowſtraße 10-11 wurde uns geſtern abend mitgeteilt, daß das ſtädtiſche Waſſerwerk dieſem Grundſtück die Waſſerzufuhr abgeſchnitten hat. Dies iſt geſchehen, angeblich, weil von dem Hausverwalter trotz wiederholter Mahnungen die Rechnung nicht bezahlt worden ſei.

ſich um den Gegenſatz zur nackten Brutalität des Krieges und zur Entfeſſelung aller rohen Gewalten in der kapitaliſtiſchen Gegenwart, weiter um den Gegenſatz zur einſeitigen Verſtandeskultur der jüngſten Vergangenheit. Gegenüber dieſer nüchternen Kälte der Wirklichkeit zieht ſich ein Teil der Menſchen in die geheimnisvollen ſtillen Tiefen der Seele zurück, während der andere Teil die Urſprünglichkeit des über den bloßen Verſtand hinausgehenden inneren Lebenstriebes, des Triebes zur Freude, Reinheit und zum Gefühlserleben betont.

Innerhalb dieſer neuen Wertſchätzung des Irrationalen wurde nun die außerordentlich revolutionäre Kraft der wahren Religion neu erkannt, und zwar von zwei Bewegungen, der Neuwerkbewegung mit der Zeitſchrift „Das Neue Werk" und den Chriſtlich-Revolutionären mit der Zeitſchrift „Die Weltwende". Beide Bewegungen fühlen ſich in inniger Verbundenheit mit dem Urchriſtentum, und zwar beſonders mit der umſtürzenden Tendenz der Jeſusworte, die man ſeither ſo oft unterſchlagen hatte, den Worten gegen den Mammon, gegen die Reichen, gegen den Nationalismus und Imperialismus. Außerdem ſind die beiden Bewegungen eingeſtellt auf den Kampf des Urchriſtentums für das kommende Bruderreich, das Reich Gottes auf Erden, dieſe Sehnſuchtsgröße, die in der Idee des Zukunftsſtaates in unſerer Zeit wieder aufgetaucht iſt.

In ihrer religiöſen Haltung, in ihrem Willen zur Kriegsdienſtverweigerung, in ihrem Pazifismus, in ihrer Liebeseinſtellung zu allen Menſchen kann man in dieſer Bewegung etwas wie deutſches Quäkertum erkennen, während ihr Kampf gegen den Kapitalismus ſie an die Seite der religiöſen Sozialiſten ſtellt. Der Unterſchied zwiſchen den beiden genannten Bewegungen beſteht etwa darin, daß „Neuwerk" größere Geſchloſſenheit und ſtärkere religiöſe Fundierung, dafür ein gewiſſes Fernbleiben von dem Gebiet der Tagespolitik zeigt, während ſich die Chriſtlich-Revolutionären noch im Zuſtand der chaotiſchen Unklarheit befinden, weil ſie ſich ſtärker in die politiſchen und ſozialen Fragen hineinſtellen und in ihren Reihen Menſchen aus allen Lagern bis zu den Kommuniſten, Syndikaliſten und Anarchiſten vereinigen. Doch haben auch die letzteren eine gemeinſame Baſis in der Arbeit für das kommende Bruderreich und in der Loſung, die ihnen der Führer der Bewegung, Dr. Strundmann, auf der erſten chriſtlich-revolutionären Tagung in Stuttgart zugerufen hat: „Euer Führer ſei: Jeſus Chriſtus, nicht der Jeſus der Staatskirche oder des Kirchenſtaates, nein, der revolutionäre Jeſus, der eigenhändig mit der Geißel die Schieber und Wucherer aus dem Tempel trieb." Gegenüber dieſer religiös-revolutionären Geſinnung, die ſich auch ſonſt in unſerem Kulturkreis mannigfach zeigt, können wir ruhig den Worten einer ſozialiſtiſchen Zeitung zuſtimmen: wir erleben „das Schauſpiel, daß der chriſtliche, der religiöſe Gedanke auf dem Wege iſt, zum beſten Bundesgenoſſen der ſozialiſtiſchen Arbeiterſchaft zu werden".

Im ganzen mögen die Tieferblickenden aus all dieſen teilweiſe erfreulichen und teilweiſe noch unerfreulichen Uebergangserſcheinungen feſtſtellen, daß der Sozialismus marſchiert, aller Reaktion, die vielleicht noch anwachſen wird, zum Trotz. Sie mögen ſich in ihrer Gewißheit, daß der Zukunftsſtaat kommen wird, weil er kommen muß infolge des tiefen inneren Zwanges der Entwicklung, neubeſtärkt fühlen und in dem Hinweis auf dieſe Vorzeichen ein Mittel finden, Träumende und Schlafende aus ihrer Lethargie zu erwecken, damit auch ſie voller Freude die Morgenröte des neuen Tages erblicken und ſich rüſten zur befreienden und aufbauenden Tat.

Zwei neue Operetten: „Die Spitzenkönigin" (Wallner-Theater) und „Der Frauenräuber" (Friedr.-Wilhelmſtädt. Theater). Ein Maskenfeſt in Brabant um 1825, bei welchem die am ſchönſten koſtümierte Dame als Spitzenkönigin erklärt werden ſoll. Eine Verwechſlung der Koſtüme durch den verwirrten Spitzenfabrikanten findet ſtatt — die Spitzendame hat einen Wunſch frei und fleht für das verwirkte Leben ihres Mannes, eines napoleoniſchen Offiziers. Er iſt gerettet, die Opern-Operette ebenfalls. Im Libretto von Richard Bars und Oskar Felix ſind die Plauderſachen und die Witze, trotz alter Wortverdrehungen, das Beſte. Der Komponiſt Walter W. Goetze, der durch ſeine Operette „Ihre Hoheit die Tänzerin" ſich einen Namen gemacht hat, gehört zu jenen modernen Muſikern, die eine gute Oper hätten ſchreiben oder nicht ſchreiben können, die aber jedenfalls ihr Talent in leichteren und einträglicheren Dienſt geſtellt haben. Das rächt ſich meiſtens, ſo auch hier, wo die Melodien ein Abbild der Inſzenierung des zweiten Aktes abgeben. Alle Stile ſind vertreten: im alten Aquariumkeller Unter den Linden ſind Fenſter aus der Agia Sofia in Konſtantinopel eingelaſſen, und neben einem Brunnen unter Palmen ſtehen bunte Bänke vom Bayriſchen Platz und die berühmte Recamier-Chaiſelongue. In der Muſik unterhalten ſich Puccini, Lortzing und Mozart ganz gemütlich miteinander, ab und zu tritt Wagner hinzu, der eine geiſtreiche Wendung aus „Tannhäuſer" oder aus „Lohengrin" zum beſten gibt. Das hübſcheſte ſind ein Dudelſacklied, eine Gavotte und das Hauptcouplet des letzten Aktes. — Eliſabeth Balzer-Lichtenſtein gab eine feſche, etwas pathetiſch ausholende Florence. Hans Ritter ſang und ſpielte ausgezeichnet als Spitzenkaufmann, und Luiſe Tierſch, ſeine Partnerin, war durch Verve, Humor und gute Tanztechnik die Hauptanziehungskraft des Abends.

Anſpruchsloſer, oft langweiliger (z. B. im ganzen erſten Akt), dennoch geſcheuter, operettenhafter iſt Kurt Zorlig, der Komponiſt des „Frauenräubers". Seine Muſik, ſamt Libretto (von Fritz Grünbaum und Herbert Steineck), ſteigert ſich vom zweiten Akt an, daß es eine Freude iſt. Der Frauenräuber iſt ein amerikaniſch-jüdiſcher Filmkröſus — eine ſehr deplacierte und geſchmackloſe Figur —, der ſich vierundzwanzig Frauen engagiert, ſie in ſeinem Palais eingeſperrt hält und ſich nun als Frauenräuber von der Polizei ſuchen läßt. Da gibt es nun natürlich noch einen falſchen Frauenräuber, der vom Tenor des Abends geſpielt wird. Den gab Carl Grünwald, halb Operetten-Koriner und halb Kurfürſtendamm-Gentleman, ſchauſpieleriſch recht gut, geſanglich — —? Dafür ſang Cordy Millowitſch mit etwas ſchreiendem, aber umfangreichem Organ ſehr hübſch. Ihre Kunſt und ihre Art neben der außerordentlichen Komik Langendorffs und der ganz famoſen Routine Ida Perras machten den Abend zu einem der gelungenſten der Operettenſaiſon. Von den Couplets wird man „Signora, Signora, wie ſteht das, Mit den Peſetas, mit den Peſetas?" bald überall hören. — Zum Lobenswerteſten der beiden Abende gehört die wundervolle Tanzregie Jan Trojanowskis. A. N.

Wir nehmen an, daß in dem Augenblick, wo dieſe unerhörte Maßnahme durch dieſe Wiedergabe zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gelangt, wieder zurückgenommen ſein wird. Damit iſt aber die Sache nicht erledigt. Es bleibt die Frage, ob ein Menſch, der eine ſolche Maßnahme anordnet in einem Zeitpunkt, wo in Berlin in größerem Umfange Grippeerkrankungen auftreten und das Waſſer als erſtes Mittel zur Hilfe, zur Erhaltung der Reinlichkeit das lebensnotwendigſte Mittel iſt, ungeſtraft einen derartigen Anſchlag auf die Geſundheit und das Leben einer ganzen Reihe von Familien verüben darf. Wir verlangen vom Magiſtrat, daß er den für dieſe Maßnahme verantwortlichen Beamten ſofort zur Rechenſchaft zieht und der Oeffentlichkeit durch das Nachrichtenamt von dem Ergebnis ſeines Einſchreitens Mitteilung macht.

Ein gutes Geſchäft

Die Stadt Berlin hat für ihre 20 Bezirke ein neues Notgeld herausgegeben, und zwar in beſonderer Ausführung für jeden Bezirk einen Schein über 50 Pf., der auf der einen Seite den Berliner Bären, den Trockenſtempel der Stadt und die Aufſchrift mit Wertangabe, auf der anderen Seite eine Anſicht aus der Geſchichte des betreffenden Bezirks darſtellt. Die Scheine werden in der Hauptſache durch die Schaffner der Berliner Straßenbahn zur Ausgabe gebracht, und trotzdem bereits über zwei Millionen Stück dieſer Scheine verausgabt worden ſind, iſt kaum einer von ihnen im Verkehr anzutreffen. Faſt ausnahmslos ſcheinen alſo dieſe zwei Millionen Stück 50-Pfennig-Scheine der Stadt Berlin der Sammelwut der Einwohner zum Opfer gefallen zu ſein. Die zur Ausgabe beſtimmten 20 Millionen Notgeldſcheine werden alſo zum größten Teile als Reingewinn für die Stadt Berlin zu buchen ſein.

Statt 4 Jahre Zuchthaus, Freiſprechung

Die Wohltat des aus einem einzigen Paragraphen beſtehenden Reichsgeſetzes vom 10. Mai 1920, nach welchem das Wiederaufnahmeverfahren gegen Urteil der außerordentlichen Kriegsgerichte für zuläſſig erklärt wird, wurde dem Schneidermeiſter Ernſt Kuntze zu teil. Dieſer war während des Ausnahmezuſtandes im Frühjahr 1919 vom außerordentlichen Kriegsgericht wegen räuberiſcher Erpreſſung zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, obwohl der Verteidiger ſchon damals den Einwand erhoben hatte, K. ſei geiſteskrank. Sofort nach Inkrafttreten des erwähnten Geſetzes wurde von Rechtsanwalt Dr. Frey der Antrag geſtellt, das Verfahren wieder aufzunehmen, da der im Zuchthauſe befindliche Angeklagte tatſächlich zur Zeit der Tat geiſteskrank geweſen ſei. Die gerichtsärztliche Beobachtung des K. beſtätigte die Richtigkeit dieſer Behauptung, und die nunmehr zuſtändige Strafkammer des Landgerichts I erkannte unter Aufhebung des kriegsgerichtlichen Urteils auf Freiſprechung.

Neue Südring-Züge. Zur beſſeren Bedienung des ſeit der letzten Straßenbahntariferhöhung beſonders ſtark angewachſenen Frühberufsverkehrs auf dem öſtlichen Südringe werden vom 2. Januar ab zwiſchen 6 und 7,30 vormittags ſechs neue Züge eingelegt werden, die in Schöneberg und Hermannſtraße beginnen und in Stralau-Rummelsburg an die beſtehenden nach dem Nordring laufenden Züge anſchließen. Mit den neuen Zügen werden die Zugabſtände auf dem Streckenabſchnitt Hermannſtraße—Stralau-Rummelsburg im Frühberufsverkehr im allgemeinen auf 5 Minuten verdichtet. Auf der Strecke Niederſchöneweide—Johannisthal—Treptow fallen vom genannten Tage ab die um 6,07, 6,17, 6,27, 6,37, 6,47 von Niederſchöneweide-Johannisthal abfahrenden Nordringzüge aus.

Kleine Mitteilungen. Die Vollmilchkarten für den Monat Februar 1922 werden in ſämtlichen Groß-Berliner Verwaltungsbezirken in den nächſten Tagen ausgegeben, und zwar in Alt-Berlin für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am 9., 10. und 11., für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am 12., 13. und 14. Januar 1922. Den Haushaltungen, denen Karten für verſchiedene Altersſtufen zuſtehen, ſind ſämtliche Milchkarten an einem Tage zu verabfolgen. Ferner gelangen A-Karten (für werdende Mütter) zur Ausgabe. Die Inhaber von Milchkarten haben die Februar-Milchkarten bis zum 26. Januar einſchließlich dem Milchhändler vorzulegen.

Die Poſtverwaltung iſt bekanntlich aufs allereifrigſte beſtrebt, den Verkehr einzuſchränken. Sie „wünſcht" nicht, daß die Briefkäſten mit Druckſachen gefüllt werden, weil ſie dann öfters geleert werden müßten. Druckſachen müſſen auf den Poſtämtern eingeliefert werden, damit ſie dann gelegentlich expediert werden können. Die Poſt iſt aber auch ſehr peinlich davon berührt, daß einzelne Verwaltungen ihre Briefe an andere ſammeln und dann der Schnelligkeit wegen durch eigenen Boten beſorgen laſſen. So etwas iſt unerhört. Sie erſuchte daher die Polizei, dies feſtzuſtellen, die Akten einzuſehen und darüber zu berichten. — Abermals ein großer Fortſchritt, von dem wir gebührend Kenntnis nehmen. Ueber andere nächſtens.

s

Parteijubilar. Der Genoſſe Julius Steffen, Langenbeckſtraße, gehört ſeit 25 Jahren der ſozialiſtiſchen Organiſation an. In der Parteiorganiſation, in der Gewerkſchaft ſowie auch im Arbeiterſängerbund iſt Steffen ſtets unermüdlich tätig geweſen. Wir wünſchen ihm, daß er noch recht viele Jahre ſeine erfolgreiche Tätigkeit für die Arbeiterbewegung fortſetzen kann.

Vorausſichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Donnerstag. Ein wenig kühler, zeitweiſe aufklarend, jedoch überwiegend trübe mit geringen Niederſchlägen und friſchen weſtlichen Winden.

Gewerkſchaftliches

Angeſtelltenverſicherungswahlen

„Reißt dem Sozzen-Afa-Schwindel die Maske vom Geſicht."

In dieſer geiſtreichen Weiſe ſchimpft Herr Hans Bechly, Vorſitzender des Deutſchnationalen Handlungsgehilfenverbandes, in Nr. 43 der „Deutſchen Handelswacht" vom 6. Dezember 1921 über den Standpunkt des Afa-Bundes zur Sozialverſicherung. Am Donnerstag, den 15. Dezember, haben die Deſſauer Angeſtellten dem Herrn Bechly die gebührende Antwort auf dieſe Schimpfkanonade erteilt. Der Gedag hatte zu einer öffentlichen Verſammlung eingeladen; die Deſſauer Angeſtellten waren dieſer Einladung in Maſſen nachgekommen. Herr Alfred Diller vom D. H. V. ſprach über die Wahlen zur Angeſtelltenverſicherung. In der Ausſprache legte Kollege Schröder (Berlin) den Standpunkt des Afa-Bundes ausführlich dar. Das Ergebnis dieſer Verſammlung war, daß mit überwältigender Mehrheit folgende Entſchließung angenommen wurde:

> Die am Donnerstag, den 15. Dezember 1921, im großen Saale des Kriſtallpalaſtes in Deſſau tagende, vom „Gedag" einberufene öffentliche Angeſtelltenverſammlung lehnt die Stellungnahme der im Hauptausſchuß zur Herbeiführung der ſtaatlichen Penſions- und Invalidenverſicherung der Privatangeſtellten zuſammengeſchloſſenen Verbände, die koſtſpielige und leiſtungsunfähige Angeſtelltenverſicherung beizubehalten, ab. Der Standpunkt des Allgemeinen freien Angeſtelltenbundes wird als der allein im Intereſſe der Angeſtellten liegende anerkannt. Die Verſammlung tritt für die Eingliederung der Angeſtelltenverſicherung in die Invalidenverſicherung ein, und zwar dergeſtalt, daß die jeweils beſſeren Beſtimmungen der beiden Verſicherungsgeſetze beibehalten und erweitert werden. Die mißliche wirtſchaftliche Lage der Angeſtellten geſtattet dieſen nicht, Beiträge an einen an ſich überflüſſigen, koſtſpieligen, beſonderen Verſicherungsapparat aufzubringen. Außerdem aber liegt die Vereinheitlichung ſchon um deswillen im Intereſſe der Angeſtellten, weil ſich herausgeſtellt hat, daß eine endgültige Klärung der Frage, wer verſicherungspflichtiger Angeſtellter oder verſicherungspflichtiger Arbeiter iſt, nicht herbeigeführt werden kann.

Unſere Funktionäre wollen von dieſem „Erfolg" des Gedag Kenntnis nehmen und gleichzeitig dafür Sorge tragen, daß dem Hauptausſchuß recht viele derartige Erfolge zuteil werden.

Ein brutaler Lehrlingsſchinder

Ein Eldorado für Lehrlinge ſcheint die Bäckerei von Louis Belzig, Boyenſtr. 11, zu ſein. Der famoſe Lehrherr, der ein Lehrlingsſchinder übelſter Sorte zu ſein ſcheint, kümmert ſich nicht im geringſten um geſetzliche Beſtimmungen. Morgens 4½ Uhr muß der Lehrling in die Backſtube, dann wird durchgearbeitet bis abends 6 oder 7 Uhr. Die Mutter des Lehrjungen verbot ihm die lange Arbeitszeit. Darauf arbeitet derſelbe immer noch bis etwa 4 Uhr. Das ſind faſt 12 Stunden! Das Eſſen zum Frühſtück beſteht aus einem Paar bekratzten Margarineſtullen. Um das Mittageſſen muß er betteln. Was dann der Meiſter mit ſeiner Familie übrig läßt, bekommt der Junge. Und das iſt wenig genug. Weil der Lehrjunge nicht mehr bis in die Nacht hinein arbeitet, entzieht ihm der Meiſter das Eſſen. Iſt ſeine Arbeitszeit vorbei, dann wird er aufgefordert, die Backſtube zu verlaſſen, wird mit Schimpfworten, wie Lümmel, Laatſch, Schieber, Judenjunge belegt, woran ſich auch die Tochter des Meiſters hauptſächlich beteiligt.

Mit dem Meiſter ſchläft der Junge in einem Zimmer. Er darf das Zimmer aber nicht eher betreten, als bis der Meiſter drin iſt. Ausziehen muß er ſich in der Backſtube — ſehr appetitlich — dann muß er, nur mit dem Hemd bekleidet, eine Treppe hoch nach dem Zimmer. Kleidung darf er nicht mit nach oben nehmen, das duldet die Meiſterin nicht.

Wir erwarten, daß ſowohl der Verband ſowie die Aufſichtsbehörden ſofort nach dem Rechten ſehen. Es ſcheint uns, daß dieſem famoſen Bäckermeiſter alle Vorausſetzungen fehlen, um Lehrjungen auszubilden. Solchen Elementen muß dann einfach die Möglichkeit genommen werden, Schindluder mit jungen Menſchen zu treiben. Es iſt zu hoffen, daß dieſe Zeilen genügen, um dieſen Meiſter zu veranlaſſen, ſich zukünftig anſtändig ſeinem Lehrjungen gegenüber zu benehmen.

Befreiung von der Angeſtelltenverſicherung

Durch die am 10. November 1921 verabſchiedete Novelle zur Angeſtelltenverſicherung iſt den Angeſtellten eine Möglichkeit zur Befreiung von der eigenen Beitragsleiſtung gegeben. Befreien können ſich ſolche Angeſtellte, welche am 1. Auguſt 1921 durch das Geſetz vom 23. Juli 1921 verſicherungspflichtig geworden ſind oder, falls ſie bereits früher ſchon verſicherungspflichtig waren, wieder unter das Geſetz fallen. Diejenigen Angeſtellten, die auf Grund einer Erſatzlebensverſicherung befreit waren, aber jetzt weniger Beiträge zu dieſer leiſten, als ſie geſetzliche Beiträge zur Angeſtelltenverſicherung leiſten müßten, werden wieder voll verſicherungspflichtig, wenn ſie nicht bis zum 31. Dezember 1921 nachverſichern. Erſatzlebensverſicherungsanträge von Angeſtellten, die ſeit dem 1. Auguſt 1921 zu Beiträgen herangezogen werden, müſſen nach dem neuen Geſetz bis zum 10. Juni 1921 geſtellt geweſen ſein. Wenn aber jemand bis zum 10. Juni 1921 zwar einen Antrag geſtellt, die Prämie aber nicht hoch genug bemeſſen hatte, ſo kann er ebenfalls bis zum 31. Dezember 1921 eine Erhöhung beantragen und ſich dann befreien laſſen. Wenn der Antrag unterſchrieben und von der Verſicherungsgeſellſchaft angenommen iſt, muß bis zum 31. Januar 1922 bei der Reichsverſicherungsanſtalt die Befreiung beantragt werden. Der Befreiungsantrag (nicht zu verwechſeln mit dem Verſicherungsantrag) iſt an die Ausgabeſtelle zu richten.

Für gewerkſchaftlich oder genoſſenſchaftlich organiſierte Angeſtellte kommt als Verſicherungsgeſellſchaft nur die

Gewerkſchaftlich-genoſſenſchaftliche Volksfürſorge

in Betracht. Die Nachverſicherungen können auch dann bei der Volksfürſorge genommen werden, wenn die früheren Anträge bei einer anderen Geſellſchaft geſtellt waren.

Angeſtellte, für welche die Befreiungsvorſchriften in Frage kommen, wenden ſich ſofort an die Rechnungsſtelle 1 der Volksfürſorge, Berlin SO 16, Engelufer 28 ptr. (Fernſprecher: Moritzplatz 2997), deren Bureau an den nächſten Wochentagen bis 7 Uhr geöffnet iſt.

Die Charlottenburger Gasarbeiter zum kommenden Manteltarif. Eine Betriebsverſammlung der Charlottenburger Gasarbeiter nahm Kenntnis von den langen Verhandlungen, welche über den Manteltarif gepflegt werden, und legte ſich einſtimmig auf eine Reſolution feſt, in der vom Verband der Gemeindearbeiter und vom Lohnkartell verlangt wird, die Verhandlungen mit dem Magiſtrat kurz abzubrechen und den geltenden Manteltarif beſtehen zu laſſen, anſonſten mit allen Mitteln dieſe Forderungen in den erſten Tagen des Januar durchzudrücken ſeien. — Dazu wäre rein ſachlich zu bemerken, daß zu dieſer Stellungnahme kein Anlaß vorliegt. Ein ſolch großes Vertragswerk kann nicht im Handumdrehen erledigt werden. Zudem bieten die laufenden Verhandlungen die Gewähr, daß eine Einigung möglich iſt und die gewünſchten Forderungen der Gasarbeiter Berückſichtigung finden werden.

Zimmerer! Die Auszahlung der Streikunterſtützung für dieſe Woche erfolgt am Sonnabend, den 31. Dezember d. J. und Montag, den 2. Januar 1922, und zwar in folgender Reihenfolge: Nr. 1 bis 300 Sonnabend früh von 7—9 Uhr, Nr. 301 bis 600 von 9—11 Uhr und von Nr. 601 bis 900 von 11—1 Uhr. Von 1—3 Uhr erfolgt nur die Auszahlung der Arbeitsloſen- und Krankenunterſtützung. Wir bitten daher alle Arbeitsloſen und Kranken dringend, ſich nur in dieſer Zeit ihre Unterſtützung abzuholen, dann wieder von 3—5 Uhr Nr. 901 bis 1200. Am Montag, den 2. Januar, von 8—10 Uhr Nr. 1201 bis 1500, von 10—12 Uhr Nr. 1501 bis 1800, von 12—2 Uhr Nr. 1801 bis 2100 und von 2 Uhr ab der Reſt. Maßgebend iſt die auf der Streikkarte angegebene laufende Nummer. Wir bitten alle Kameraden, genau nach dieſen Angaben zu verfahren.

Die Löhne in der engliſchen Metallinduſtrie ſind im Laufe des Jahres 1921 um 155 Prozent herabgeſetzt worden. Demgegenüber beträgt die Verbilligung der Koſten der Lebenshaltung ſeit Ende 1920 nur 60 Prozent.

Parteiveranſtaltungen

Donnerstag, 29. Dezember

Charlottenburg. Abends 7 Uhr Mitgliederverſammlung im Sitzungsſaal der Bezirksverordneten im Rathaus Berliner Straße.

Lichtenberg-Stadt und -Land. Kommunale Kommiſſion. Abends 6½ Uhr Vollverſammlung im Rathaus Zimmer 25. Vortrag über Volkshochſchule.

Freitag, 30. Dezember

Vorträge für Schöffen und Geſchworene. Der zweite Vortrag des Genoſſen Dr. Kopp, der diesmal über Sittlichkeitsdelikte ſpricht, findet abends 7 Uhr in der Arbeiter-Bildungsſchule, Breite Straße, ſtatt.

19. Diſtrikt (Kreuzberg). Abends 7 Uhr Vorſtandsſitzung bei Krüger, Grimmſtraße.

Vereinskalender

Arbeiter-Stenographen-Verein „Stolze-Schrey". Neue Anfängerkurſe beginnen: Bezirk Oſten: Montag, den 9. Januar, ½8 Uhr, Straßmannſtr. 6 (Schule). Bezirk Norden: Dienstag, den 10. Januar, ½8 Uhr, Schulſtr. 90 (Schule). Bezirk Mariendorf: Donnerstag, den 12. Januar, ½8 Uhr, Kaiſerſtraße (Gymnaſium). Bezirk Moabit: Freitag, den 13. Januar, 8 Uhr, Bremer Str. 13-17 (Schule). Bezirk Neukölln: Freitag, den 13. Januar, ½8 Uhr, Kaiſer-Friedrich-Str. 209-210 (Schule). Bezirk Lichtenberg: Montag, den 16. Januar, ½8 Uhr, Scharnweberſtraße 19 (Schule). Das Unterrichtsgeld beträgt 25 M. für Erwachſene und 22 M. für Jugendliche unter 18 Jahren. Weitere Auskünfte erteilt Schriftgenoſſe Loreck, Berlin SO. 33, Görlitzer Str. 52.

Mittwoch, 28. Dezember

Betriebsrat der inneren Verwaltung der Bureauhilfsangeſtellten des Magiſtrats Charlottenburg. Die für heute angeſetzte Vollverſammlung fällt aus und findet erſt nach Neujahr ſtatt.

Donnerstag, 29. Dezember

Verband Volksgeſundheit. Abends ½8 Uhr Vortrag des Genoſſen Jäckel in der Oberrealſchule Niederwallſtr. 12.

Zentralverband der Angeſtellten. Butter. Abends 8 Uhr Mitgliederverſammlung in den Oranien-Feſtſälen, Naunynſtr. 29. — **Samt-, Seide-, Baumwoll-, Leinen- und Kleiderſtoff-Großhandel.** Abends 7½ Uhr Funktionär-Verſammlung im Schultheiß, Neue Jakobſtr. 24-25.

Int. Bund d. K. Ortsgruppe Nordoſt. Weihnachtsfeier mit Kinderbeſcherung im großen Saal der Brauerei Friedrichshain. Anfang 7 Uhr. Für Gäſte Eintritt 2 M.

Hennigsdorf. Freir. Gemeinde. Abends 7½ Uhr, „Drei Linden", öffentlicher Vortrag. Ref.: Dr. Chriſtiing über „Bibelkunde und Bibelkritik". Zutritt allen, auch Kindern über 10 Jahren geſtattet. Nachdem Referat über Feuerbeſtattung der Freidenker.

Freitag, 30. Dezember

Deutſcher Werkmeiſter-Verband, Bez. 15, Fachgruppe Papier. Nachm. 5 Uhr Vereinsverſammlung im Schultheiß, Neue Jakobſtr. 24-25.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter. Gruppe Gemeindearbeiter. Abends 6 Uhr im Reſt. Eliſabeth-Garten, bei Schulz, Berlin, Eliſabethſtr. 30 (dicht am Lehrervereinshaus, durch die Alexanderpaſſage) Branchenverſammlung für Groß-Berlin. Wichtige Tagesordnung.

Sonnabend, 31. Dezember

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Ortsgruppe Neukölln. Familienabend aller Arbeiter-Radfahrer Neuköllns im Reſtaurant Fiedler, Emſer Str. 65.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebſchütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkſchaftliches: W. Kuhner, Berlin; für den Inſeratenteil und geſchäftliche Mitteilungen: Ludwig Kameriner, Berlin. — Verlagsgenoſſenſchaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Botenfrauen
ſofort geſucht
Spedition Glieſche
Pankſtraße 60 (Laden)
Spedition Franke
Genter Straße 34
Spedition Werner
Greifswalder Straße 29
„Freiheit"-Ausgabeſtelle
Charlbg., Wallſtraße 4
Spedition Stimming
Lichtenberg, Weichſelſtraße 28
Spedition Reiſewitz
Lichtenberg, Tasdorfer Str. 25
für größere Touren.
Spedition Krüger
Neukölln, Emſer Str. 32
„Freiheit"-Ausgabeſtelle Wildau
Schwartzkopffſtraße 98
für
Königswuſterhauſen

Guy de Maupaſſant
Romane u. Novellen
1. Fräulein Fifi
2. Schweſtern Rondoli
3. Miß Harriet
4. Das Haus
5. Mondſchein
6. Herr Parent
7. Der Horla
8. Die Schnepfe
9. Der Liebling
10. Ein Menſchenleben
11. Stark wie d. Tod
12. Dirnchen
13. Hans und Peter
14. Die kleine Roque
15. Nutzloſe Schönheit
16. Der Tugendpreis
17. Schnaps-Anton
18. Unſer Herz
19. Tag- u. Nachtgeſchichten
20. Mont Oriol
Jeder Band elegant gebunden
18.— Mk.
Buchhandlung
„Freiheit"
Berlin C 2
Breite Str. 8—9

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geſchäftsſtelle Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überſchriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto. Stellengeſuche: Überſchriftswort 1.50, jed. weiteres Wort i. Text 1.— M.

Verkäufe

Bettwäſche billig. Noch Zeit billig einzukaufen Bettbezüge, Kiſſen, Laken, Handtücher, Damenhemden, Beinkleider, Teppiche, Gardinen, Tiſchdecken, Diwandecken, Läuferſtoffe, Brücken, Betten (Keine Lombardware.) Nur Gelegenheitskäufe in Wäſche uſw. Leihhaus Moritzplatz 58a

Silberfüchſe 300.—, Kreuzfüchſe 300, Wölfe 100, Weißfüchſe, Tabel-, Alaskafüchſe, Skunks, Marder enorm billig. Pelzmäntel 2500, Sportpelze 800, Gehpelze, Herrenanzüge, Ulſter, Cutaways, Koſtüme, Mäntel, Teppiche, Gardinen, Wäſche verkauft Leihhaus, Moritzplatz 58a Keine Lombardware.

Anzüge, Schlüpfer, Ulſter, elegante Damenmäntel, Kreuzfüchſe 175—1200. Rieſenauswahl in allen Artikeln und Preislagen. Keine Lombardware. Leihhaus Boxhagener Str. 47, Lichtenberg.

Reſtehaus Belz, Kottbuſer Straße 5. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterſtoffe. Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Koſtüme, Röcke ſehr preiswert.

Bettwäſche billigſt. Dieſe Woche Räumungsverkauf zur Inventur. Große Preisermäßigung bis 50%. Deckbettbezüge von 78.—, Laken 55.—, Inlette 140.—. Angebrochene unter Selbſtkoſten. Nur gute Qualitäten. Handtücher, Wäſcheſtoffe Fabrikpreiſe. Fahrvergütung. Reellſte Spezial-Bettwäſchefabrik Großeſtraße 39 (Haſenheide). Geöffnet bis 7.

Bettwäſche billig. Reſtbeſtände vom Weihnachtsverkauf zu enorm billigen Preiſen. Deckbettbezüge 75.—, 110.—, 150.—. Kopfkiſſen 21.—, 29.—. Laken 52.—. Überſchlaglaken, [illegible] primaWäſcheſtoffe, Damaſt, Inlette Engrospreiſe. Wäſchefabrik Stumpe & Jäger, Landsberger Str. achtundachtzig. Größtes bekannteſtes Bettwäſche-Spezialgeſchäft.

Muſikfreunde kaufen billigſt. (Reparaturen fachmänniſch.) „Lyra", Schwedter Str. 254.

Räderweiblich. Leiterwagen, Kaſtenwagen und alle Sorten Erſatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weiblich, Brunnenſtraße 96 (Humboldt 874).

Gardinen. Habe keinen Laden und ſonſtige Geſchäftsunkoſten, daher bedeutend billiger wie überall. Einige Beiſpiele: Künſtlergardinen, dreiteilig, jedem Geſchmack entſprechend, weiß, creme, bunt: Garnitur 50.—, 110.—, 125.— bis 400.—. Moderne Stores 75.— bis 300.—. Bettdecken 38.—, 75.— bis 400.—. Gardinenſtoffe, Schalgardinen, Madrasgardinen, Leinenportieren, Zuggardinen, Tiſchdecken, Diwandecken uſw. weit unterm Ladenpreis. [illegible], Weberſtraße 73, 1 Treppe (kein Laden), am Ringbahnhof Schönhauſer Allee, Hochbahnſtation Nordring. Fahrtvergütung.

Tapeten, Wachstuche, Dauerwäſche verkauft Szillat, Koloniestraße 9.

Möbel

Chaiſelongues 160.—, Chaiſelonguedecke 75.—, Metallbetten 180.—, Kinderbettſtellen. [illegible] 33a. [illegible]

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in ſeltener Auswahl, bequemſte Zahlweiſe bei kleinſter An- und Abzahlung, verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurter Str. 56 (5 Minuten vom Alexanderpl.), I, Norden: Badſtraße 47-48.

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweiſe. Möbelhaus [illegible], Badſtr. 34.

Patentmatratzen 180.—, Auflegematratzen, Chaiſelongues 325.— bis 975.—, Sofaumbau 1075.—. Walter, Stargarder Str. [illegible]

Bilder, Kunſtblätter, Wandſchmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit" Breite Str. 8-9

Möbelſpeicher „Geſundbrunnen", Badſtr. 31. Seltene Gelegenheit in Schlafzimmern, Spezialität Stubeneinrichtungen, neu und gebrauchte, Küchen prima Emaillelack, gebrauchte 275.—. Auch außerhalb.

Fahrräder

Fahrradankauf, Linienſtr. 18.

Damenräder kauft Kraus, Große Frankfurter Straße 82.

Fahrräder, auch defekte und Teile kauft Neumann, [illegible] 66.

Kaufgeſuche

Glühſtrumpfaſche kauft [illegible], Elſaſſer Str. 2a, I

Metallſchmelze, Alexanderſtraße 33 (nur im Laden) kauft Zahngebiſſe, Platinabfälle, Goldſachen, Silberſachen, Queckſilber, ſämtliche Metalle.

Sämtliches Elektromaterial kauft Einkaufzentrale, [illegible] 52, Moabit 6034.

Schallplatten, Walzen, alte, kauft Metallkontor W. John, Alte Jakobſtr. 138, Halleſches Tor.

Schellack, Leim, Malerartikel kauft eben Poſten. Farbenkeller Linienſtraße 199a (Roſenthaler Platz). Norden 5053.

Nähmaſchinen, gebrauchte, kauft zu hohen Preiſen Schleſinger, Wilmersdorfer Straße 50/51.

Hilferding, „Das Finanzkapital". Broſch. oder gebunden kauft Buchhandlung „Freiheit" Berlin C2, Breite Str. 8/9

Werkzeuge u. Maſchinen

Kugellager, [illegible], Vergaſer, Zündkerzen kauft Pilz, Reinickendorfer Str. 33, Hochpart. links.

Schnelldrehſtahl, Treibriemen, Motore uſw. kauft Hirſch, Ruppiner Str. 37.

Unterricht

Tanzlehrkurſe Regehr. Anmeldungen Reichenberger Str. 34, Sonntags 4-6, Donnerstag 8-10 Uhr abends.

Rechtsauskünfte

Richter, ehemaliger, gewiſſenhaft, Rechtsbeiſtand, Lothringer Str. 47 (Roſenthaler Platz).

Arbeitsmarkt

Botenfrauen für größere Touren ſofort geſucht. Reiſewitz, Lichtenberg, Tasdorfer Str. 25

Händler geſucht für den Vertrieb aktueller Broſchüren. Buchhandlg. „Freiheit", Breite Straße 8/9.